

## FDP - Fraktion Ludwigsburg

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

die Haushaltsdebatte hat zu einem fiskal- und kommunalpolitischen Resultat geführt. Das fiskalische Ergebnis bringt vorerst gut 5 Millionen Euro mehr Steuereinnahmen auf Grund von Steuersatzerhöhungen und wegen der letzten Steuerschätzung. Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt, d.h. die laufende Ersparnis hat sich von 1,8 Millionen Euro um 2,2 Millionen vorläufig auf 4 Millionen Euro mehr als verdoppelt.

Dies ist allerdings nicht der Erfolg einer herkulischen Sparanstrengung, sondern der Senkung der Kreisumlage, der Erhöhung der Steuerschätzung und Schlüsselzuweisungen zuzuschreiben. Weitere Reserven sind vorhanden, aber noch nicht aktiviert. Wir erinnern z.B. daran, dass die Bildung von Gewinnrücklagen bei den Stadtwerken angesichts der prognostizierten hochrentierlichen Übernahme des Stromnetzes nicht mehr erforderlich ist und dass die möglichen Steuermehreinnahmen in der Finanzplanung bewusst unterschätzt werden.

Politisch hat die Stadtverwaltung ihr schon seit Jahren angestrebtes Ziel der Steuersatzerhöhungen zu 85 % erreicht. Wir haben unser Ziel, dem Kaiser das zu geben was des Kaisers ist, d.h. Steuererhöhungen nur im Rahmen der geltenden Steuersätze zuzulassen, komplett verfehlt. Der Gemeinderat und die CDU wurden gespalten; das Verhältnis von Oberbürgermeister und IHK- Präsident ist belastet.

Der Gemeinderat teilt sich jetzt in zwei Gruppen: Eine Staatsmehrheit, die mehr Zwangseinnahmen will, um mehr städtische Ausgaben zu finanzieren und eine freiheitliche Minderheit, die meint, dass sich die Ausgaben den Einnahmen anzupassen haben.

Meine Damen und Herren! Heute wird kein Schlusspunkt gesetzt, sondern ein neuer Anfang. Denn nach der Steuersatzerhöhung ist vor der Steuersatzerhöhung.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat bereits lobend darauf hingewiesen dass es in Ludwigsburg schon lange keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes gegeben habe und dass es jetzt für längere Zeit keine weitere Erhöhung mehr geben dürfe !!!

Damit ist in umgekehrter Politsprache die Erwartung der CDU beschrieben, dass die Stadt in mehr oder weniger langen Zeiträumen den Gewerbesteuerhebesatz erhöht. Bei der Grundsteuer ist das natürlich etwas anderes. Sie darf in kürzeren Zeiträumen steigen,

Herr Oberbürgermeister! Der Absturz der FDP in den Meinungsumfragen ist darauf zurückzuführen, dass sie im Bund den versprochenen Dreiklang aus Steuervereinfachung, Steuersenkung und Gegenfinanzierung durch Subventionsabbau nicht zustande gebracht hat.

Die Ludwigsburger FDP- Fraktion bleibt programmtreu und lehnt den Haushalt ab.

*V. Nees*